

«Es gibt keine Kreditklemme»

Hans-Ulrich Meister, Schweiz-Chef der Credit Suisse, zu den Ängsten der KMU

Gisler



MARKUS GISLER

UBS und die USA feilschen weiter

DAS UNBEUGSAME STATEMENT der US-Regierung im Rechtsfall mit der UBS von Dienstagabend hätte eigentlich dazu führen müssen, dass die Stimmung gegenüber der UBS kräftig taucht. Doch das Gegenteil war der Fall: Gestern Mittwoch legte die UBS-Aktie 1,13 Prozent zu und sie schnitt sogar besser als der Gesamtmarkt ab. Offensichtlich herrscht die Meinung vor, dass die Suppe nicht so heiss gegessen wird, wie sie jetzt noch kocht.

TATSACHE IST, dass nicht nur die UBS, sondern auch Bern alle Hebel in Bewegung setzt, um ein juristisches Debakel zu verhindern. Würde das Gericht in Florida und danach der oberste Gerichtshof die UBS zur Herausgabe von Kundendaten zwingen, müsste das ihr die Schweizer Regierung verbieten, weil geltendes Recht nicht gebrochen werden darf. Dass das nicht geht, ist auch einem Rechtsstaat wie den USA klar. Hinter den Kulissen werden alle möglichen Kontakte genutzt, um zu einer Lösung zu kommen, die beiden Seiten erlaubt, das Gesicht zu wahren. Am kommenden Montag etwa reist Bundesrätin Doris Leuthard nach Washington. Auch wenn sie als Wirtschaftsministerin weder mit dem Präsidenten noch mit dem Justizminister Kontakt haben wird, ist der Zeitpunkt nicht zufällig gewählt. Am 13. Juli ist der Gerichtstermin in Florida. Ziel ist es, dass es dazu gar nicht kommt und eine aussergerichtliche Vereinbarung vorher unterzeichnet wird. Bereits wurde spekuliert, dass dies die UBS einen Milliardenbetrag kosten soll, Summen von drei bis fünf Milliarden Dollar wurden genannt.

EIN VÖLLIG unverhältnismässiger Betrag. Schon die erste Vereinbarung hatte die UBS 780 Millionen Dollar gekostet, was ziemlich genau der Summe entspricht, die dem amerikanischen Staat an Steuereinnahmen durch die Steuerumgehung der UBS-Offshore-Kunden entgangen sind. Sühne wurde also bereits geleistet. Zudem hat die UBS ein überzeugendes Druckmittel: Die Bank ist auf dem amerikanischen Bankenplatz keine kleine Nummer. Im Gegenteil: Ihre US-Bilanzsumme ist etwa fünfmal so gross wie jene von Lehman Brothers, deren Konkurs im letzten Herbst die Finanzkrise angeheizt hat. Eingedenkend des Debakels, dass dieser Bankrott ausgelöst hat, wird sich der amerikanische Staat sehr wohl überlegen, was er der UBS zumuten kann. Sie könnte sich im Extremfall in den USA als zahlungsunfähig erklären, was eine gigantische Rettungsaktion auslösen würde. Das alles ist beim Fed und dem Finanzministerium natürlich bekannt, sodass davon ausgegangen werden kann, dass der Vergleich eine vertretbare Summe kosten wird, wir schätzen sie auf eine bis zwei Milliarden Dollar. Auch wenn mit einem Vergleich noch lange nicht alle Probleme der UBS gelöst sind – immer noch sind etwa Papiere von Kreditversicherern in den UBS-Büchern –, käme ein Vergleich einer psychologischen Wende-Marke gleich. wirtschaft@azag.ch



HANS-ULRICH MEISTER «Die Kantonalbanken und die Raiffeisenbank, denen viel Geld zugeflossen ist, müssen mehr Verantwortung übernehmen.» RAPHAEL HÜNERFAUTH

Viele Schweizer KMU fürchten sich vor einer Kreditknappheit. Zu Unrecht, sagt Meister. Firmen mit Zukunft bekommen von den Banken nach wie vor Geld.

DANIEL IMWINKELRIED

Banken würden von kriselnden KMU explizit Entlassungen fordern, wenn diese einen Kredit brauchen, behaupten Unternehmer und Politiker. Was sagen Sie zu diesem Vorwurf?

Hans-Ulrich Meister: Solche Aussagen sind schlicht falsch. Wenn sich die wirtschaftliche Lage verschlechtert, steigen die Risiken für die Banken. Daher ist es legitim, dass wir mit unseren Firmenkunden intensivere Gespräche über ihre Aussichten führen. Unsere Berater wollen verstehen, was ein Firmenkunde vorkehrt – etwa gegen die schrumpfende Nachfrage. So wollen wir wissen, welche Szenarien eine Firma verfolgt, falls der Auftragseingang monatelang tief bleiben sollte. Und klar ist: Eine Firma muss uns überzeugende Szenarien präsentieren, damit wir sie weiter unterstützen. Aber wir greifen nie in die Strategie und die Geschäftsführung ein.

Aber die Banken drängen auf Sparmassnahmen, und solche können eben das Personal treffen.

Meister: Betriebswirtschaftlich ist die Sache einfach: Wenn einer Firma der Umsatz plötzlich weg-

bricht, bekommt sie ein Problem mit den Kosten. Sie muss handeln.

Viele Exportfirmen haben in den letzten Wochen ein solches Kostenproblem bekommen. Wie beurteilen Sie den Zustand der Schweizer Exportwirtschaft?

Meister: Es gibt kein einheitliches Bild. Im September des vergangenen Jahres sind bei einigen Firmen die Aufträge abrupt eingebrochen. Als Bank wollen wir nun wissen, wie sich die Auftragslage seither entwickelt hat und wie die Firma ihre Aussichten einschätzt. Auf der anderen Seite gibt es Unternehmen, die noch einen grossen Auftragsvorrat haben, oder auch Fir-

Ausländische Banken haben sich teils auf ihren Heimmarkt zurückgezogen

men und Branchen, die nicht oder kaum von der Krise betroffen sind.

Könnte es für viele Unternehmen knapp werden, wenn sich die Lage in den nächsten Wochen nicht bessert?

Meister: Dies hängt auch von den Möglichkeiten der Finanzierung ab. Vor allem grössere Firmen finanzierten sich teilweise über ausländische Banken oder direkt am Kapitalmarkt. Viele dieser ausländischen Institute haben sich aber

auf ihren Heimmarkt zurückgezogen. Und am Kapitalmarkt können Firmen nicht mehr so leicht Geld aufnehmen.

So entsteht eine Lücke. Wer füllt sie? Die Credit Suisse?

Meister: In der Pflicht stehen die hiesigen Banken. Das Firmenkundengeschäft bleibt für unsere Bank zentral. Die Credit Suisse ist eine der führenden Banken bei Konsortialkrediten. Bereits jetzt stammen 55 Prozent aller ungesicherten Kredite für KMU von den beiden Grossbanken. Aber diese können die Lücke nicht allein abdecken. Auch die Kantonalbanken und die Raiffeisenbank, denen in den letzten Monaten viel Geld zugeflossen ist, müssen mehr Verantwortung übernehmen.

Viele dieser Banken sind aber zu klein.

Meister: Entsprechend ihrer Grösse werden sie sich verstärkt engagieren müssen.

Prinzipiell sind Sie aber der Ansicht, dass Schweizer Banken das zusätzliche Kreditbedürfnis decken können.

Meister: Auf absehbare Zeit – ja.

Trotzdem arbeitet der Verband der Maschinenindustrie Swissmem an einem Überbrückungsfonds. Er soll KMU helfen, die in Finanzproblemen stecken. Was halten Sie davon?

Meister: Noch kennt niemand die Details eines solchen Fonds. Gegenüber staatlichen Interventionen, die den Markt verzerren, bin ich aber skeptisch. Zurzeit gibt es in der Schweiz keine Kreditklemme. Firmen, die mittel- und langfristig Überlebenschancen haben, bekommen von den Banken Geld. Die Kre-

Die Credit Suisse hat das Kreditvolumen ausgedehnt

dite werden weiter nach denselben Standards vergeben, und Credit Suisse hat das Kreditvolumen im ersten Quartal gar ausgedehnt.

Es braucht also keinen Überbrückungsfonds?

Meister: Aus heutiger Sicht nicht. Vieles hängt davon ab, wann sich die Wirtschaft wieder erholt. Das Kreditvolumen ist zudem abhängig von der Nachfrage. Viele Firmen stellen grosse Investitionen zurück. Deshalb zeigt die Kreditstatistik für die Gesamtbranche möglicherweise im Verlauf des Jahres sinkende Volumen. Dies wäre aber noch keine Kreditverknappung, sondern die Folge des Nachfragerückgangs.

Die Credit Suisse würde bei einem Überbrückungsfonds deshalb auch nicht mitmachen?

Meister: Dazu äussere ich mich, sobald ich die Details kenne.

Nachrichten

Die 20 SMI-Titel legen alle zu

Der Schweizer Börsenindex SMI gewann gestern 1,28 Prozent und stand bei Handelsschluss bei 5472,94 Punkten. Seit Mitte Mai bereits bewegt sich der Index nun zwischen 5200 und 5500 Punkten. Gestern gewannen alle 20 Aktien des SMI an Wert. Tagesgewinner war der Luxusgüterhersteller Richemont (+2,29 Prozent). Obwohl das amerikanische Justizministerium darauf beharrt, dass die UBS Kundendaten liefert, gewann die Aktie 1,13 Prozent. (DID)

Jens Alder Neues Amt im Kanton Basel-Stadt

Der Basler Regierungsrat hat Jens Alder, den ehemaligen Chef von Swisscom und der dänischen Telekomfirma TDC, zum neuen Verwaltungsratspräsidenten der IWB Industriellen Werke Basel gewählt. Er tritt sein Amt Anfang 2010 an. Der 51-Jährige wird aber bereits ab 1. Oktober erste Aufgaben übernehmen. Alder soll im April 2010 auch Sanitas-Verwaltungsratspräsident werden. (AP)

CS Auskünfte zu Besitzern von französischen Aktien

Die Credit Suisse will von Kunden, die französische Wertschriften halten, die Erlaubnis, dies der französischen Börsenaufsicht («Autorité des marchés financiers») zu melden. Sind die Kunden damit nicht einverstanden, wird die Credit Suisse die Papiere verkaufen. Diese neue Regulierung habe nichts mit der Diskussion um Schwarzgelder zu tun, sagt die Credit Suisse. Es gehe darum, Börsendelikte zu verfolgen – etwa Insiderhandel. Damit die Anfrage geprüft wird, muss sie sich konkret auf ein Wertpapier beziehen. (DID)

Nationalbank Chefökonom geht vorzeitig in Pension

Ulrich Kohli, Chefökonom der Schweizerischen Nationalbank, geht Ende 2009 vorzeitig in Pension. Das SNB-Direktorium bedauerte den Entschluss des 61-Jährigen und würdigte die Verdienste des Experten für Geld- und Währungspolitik. Kohli ist seit 2001 Mitglied des erweiterten Direktoriums und Chefökonom. Kohli war auch als neues Mitglied des Direktoriums nach dem Rücktritt von Präsident Jean-Pierre Roth Ende 2009 im Gespräch gewesen. (AP)

INSERAT